

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011  
– Drucksache 15/1079**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2008**

**– Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-recht-  
lichen Fachgerichtsbarkeiten**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – Drucksache 15/1079 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. durch das Einsparpotenzial aus den Reorganisationsmaßnahmen beim Finanzgericht und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu ermitteln;
  2. dem Landtag über das Ergebnis bis 31. Dezember 2012 zu berichten.

01. 03. 2012

Der Berichterstatter:

Andreas Stoch

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/1079 in seiner 14. Sitzung am 1. März 2012.

Die Vorsitzende des Ausschusses gab bekannt, dass dem Ausschuss eine mit dem Justizministerium abgestimmte Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an das Plenum vorliege (*Anlage*).

Der Berichterstatter bemerkte, gerade Sozialgerichte sollten aufgrund ihrer Klientel in der Nähe der Rechtsuchenden angesiedelt sein. Bei Verwaltungsgerichten sei dieses wichtige Kriterium nicht unbedingt erfüllt. Daher halte die Regierungskoalition eine Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten nicht für eine geeignete Lösung. Eine solche Zusammenlegung dürfe nicht nur unter ökonomischen, sondern müsse auch unter rechtspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Sodann stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) einstimmig zu.

07. 03. 2012

Andreas Stoch

**Anlage**

**Rechnungshof  
Baden-Württemberg**

**Anregung**

**für eine Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Dezember 2011  
– Drucksache 15/1079**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von  
Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008  
– Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachge-  
richtsbarkeiten**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – Drucksache 15/1079 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. durch das Einsparpotenzial aus den Reorganisationsmaßnahmen beim Finanzgericht und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu ermitteln;
  2. dem Landtag über das Ergebnis bis 31. Dezember 2012 zu berichten.

Karlsruhe, Februar 2012

gez. Max Munding

gez. Dr. Martin Willke